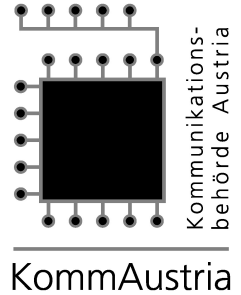


Behörde (Anschrift, Telefon, Telefax, E-Mail, DVR)

**Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria)**

bei der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH  
Mariahilfer Straße 77-79, 1060 Wien  
Telefon: 01/58058-0, Telefax: 01/58058-9191, E-Mail: rtr@rtr.at



•  
**RSb**  
A

**Zahl** (Bitte bei Antworten angeben!)  
KOA 13.500/13-048

Sachbearbeiter/in  
Dr. Lais

☎ Nebenstelle  
468

Datum  
28.02.2013

## Straferkenntnis

Sie haben

als handelsrechtlicher Geschäftsführer der B GmbH (FN XXX) und somit als gemäß § 9 Abs. 1 Verwaltungsstrafgesetz 1991 (VStG), BGBl. Nr. 52 idF BGBl. I Nr. 50/2012, nach außen hin für die Einhaltung der Verwaltungsvorschriften strafrechtlich Verantwortlicher dieses Unternehmens zu verantworten, dass die B GmbH in C, Bekanntgaben gemäß § 2 Abs. 4 und gemäß § 4 Abs. 2 Medienkooperations- und -förderungs-Transparenzgesetz (MedKF-TG), BGBl. Nr. I 125/2011, an die Kommunikationsbehörde Austria innerhalb des Zeitraums von 01.10.2012 bis 15.10.2012 sowie in der mit Schreiben zu KOA 13.250/12-001 gesetzten Nachfrist von vier Wochen, somit bis 20.11.2012, an die Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria) über die unter [www.rtr.at](http://www.rtr.at) („eRTR/Anmeldung“) abrufbare Webschnittstelle unterlassen hat.

Sie haben dadurch folgende Rechtsvorschriften verletzt:

1. § 5 Abs. 1 iVm § 2 Abs. 1, 4 MedKF-TG iVm § 9 Abs. 1 VStG
2. § 5 Abs. 1 iVm § 4 Abs. 1, 2 MedKF-TG iVm § 9 Abs. 1 VStG

Wegen dieser Verwaltungsübertretungen werden über Sie folgende Strafen verhängt:

Geldstrafen von	falls diese uneinbringlich sind, Ersatzfreiheitsstrafen von	Freiheitsstrafe von	Gemäß
<b>1. 100 Euro</b>	<b>2 Stunden</b>	<b>1. bis 2.) keine</b>	§ 5 Abs. 1 MedKF-TG iVm §§ 16 und 19 VStG
<b>2. 100 Euro</b>	<b>2 Stunden</b>		§ 5 Abs. 1 MedKF-TG iVm §§ 16 und 19 VStG

Weitere Verfügungen (zB Verfallsausspruch, Anrechnung von Vorhaft):

Gemäß § 9 Abs. 7 VStG haftet die B GmbH für die verhängten Geldstrafen sowie die Verfahrenskosten zur ungeteilten Hand.

Ferner haben Sie gemäß § 64 des Verwaltungsstrafgesetzes (VStG) zu zahlen:

- **20 Euro** als Beitrag zu den Kosten des Strafverfahrens, das sind 10 % der Strafe (je ein Tag Freiheitsstrafe wird gleich 15 Euro angerechnet);
- **– Euro** als Ersatz der Barauslagen für

Der zu zahlende **Gesamtbetrag** (Strafe/Kosten/Barauslagen) beträgt daher

**220,- Euro.**

Der **Gesamtbetrag (Strafe/Kosten)** ist – unter Angabe der **Geschäftszahl KOA 13.500/13-048** – auf das Konto der RTR-GmbH mit der KontoNr. 292-312-809/09, BLZ 20.111 (IBAN: AT93 20111 292312809/09, BIC: GIBAATWWXXX) zu überweisen.

**Zahlungsfrist:**

Wird keine Berufung erhoben, so ist der Bescheid sofort vollstreckbar. Der Gesamtbetrag (Strafe, Kosten, Barauslagen) ist sodann unverzüglich entweder auf das oben angegebene Konto zu überweisen oder unter Mitnahme dieses Bescheides bei der Behörde einzuzahlen. **Bei Verzug** muss damit gerechnet werden, dass der Betrag – ohne vorhergehende Mahnung – **zwangsweise eingetrieben** und im Fall seiner Uneinbringlichkeit die **Ersatzfreiheitsstrafe vollstreckt** wird.

## **Begründung:**

### **1. Gang des Verfahrens**

Mit Schreiben vom 12.12.2012, KOA 13.500/12-005, leitete die KommAustria gegen den Beschuldigten als dem handelsrechtlichen Geschäftsführer der B GmbH und damit als für die Einhaltung der Verwaltungsvorschriften strafrechtlich Verantwortlichen ein Verwaltungsstrafverfahren ein und forderte den Beschuldigten zur Rechtfertigung hinsichtlich der Vorwürfe auf, er habe es zu verantworten, dass die B GmbH die Bekanntgabe von Daten gemäß § 2 Abs. 1 und gemäß § 4 Abs. 1 MedKF-TG an die KommAustria innerhalb des Zeitraums von 01.10.2012 bis 15.10.2012 sowie in der mit Schreiben zu KOA 13.250/12-001 gesetzten Nachfrist von vier Wochen, das ist im Zeitraum von 23.10.2012 bis 20.11.2012, auf der unter [www.rtr.at](http://www.rtr.at) unter „eRTR/Anmeldung“ abrufbaren Webschnittstelle unterlassen habe.

Mit Schreiben vom 19.12.2012 bezog der Beschuldigte zu diesen Vorwürfen Stellung. Er führte im Wesentlichen aus, sich als Geschäftsführer der B GmbH für die bisher nicht erfolgte Bekanntgabe der Daten ausdrücklich entschuldigen zu wollen. Leider sei ihm die Dringlichkeit dieser Datenbekanntgabe hinsichtlich der „mittlerweile intern bekanntgemachten Gesetzgebung“ nicht ausreichend bewusst gewesen, weshalb die Schreiben der KommAustria nicht mit ausreichender Aufmerksamkeit behandelt worden seien. Es sei ihm nun mitgeteilt worden, dass er mit Beginn des Jahres 2013 erneut die Möglichkeit haben werde, „hinsichtlich einer fristgerechten Bekanntgabe von Daten gemäß § 2 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 Medienkooperations- und -förderungs-Transparenzgesetz (MedKF-TG) zu informieren“. Er werde zukünftig die entsprechenden Vorschriften und Regelungen genauestens einhalten und bitte höflichst darum, in diesem Fall von einer Verwaltungsstrafe abzusehen.

In einer ergänzenden Stellungnahme vom 02.01.2013 führte der Beschuldigte zudem aus, dass im entsprechenden Zeitraum keine meldepflichtigen Ausgaben vorgelegen wären. Die B GmbH sei eine kleine Gesellschaft mit beschränkter Haftung ohne Angestellte, mit dem Ziel der regionalen Beratung und Errichtung von Wasserkraftwerken. Er bitte nochmals höflichst darum, von einer Strafe abzusehen.

### **2. Entscheidungsrelevanter Sachverhalt**

Die B GmbH ist eine zu FN XXX v beim Landesgericht für Zivilrechtssachen Graz eingetragene Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in C. An der B GmbH sind die D GmbH (aktuell E GmbH, FN XXX), die F GmbH (FN XXX) und die G GmbH (FN XXX) beteiligt. An der E GmbH (FN XXX) ist zu 100% die H GmbH (FN XXX) beteiligt. Alleinige Gesellschafterin dieser GmbH ist wiederum die I AG (FN XXX). 51% des Aktienkapitals der I AG besitzt die Republik Österreich. Der Beschuldigte ist handelsrechtlicher Geschäftsführer der B GmbH. Er hatte diese Funktion auch bereits im Zeitraum von 01.10.2012 bis 20.11.2012 inne.

Am 21.03.2012 hat der Rechnungshof des Bundes auf Grundlage seiner Verpflichtung gemäß § 1 Abs. 3 BVG Medienkooperation und Medienförderung (BVG MedKF-T) der KommAustria eine Liste mit ihm bekannten, seiner Kontrolle unterliegenden Rechtsträgern übermittelt (GZ 200.093/013 1A4/12). Die B GmbH ist auf dieser Liste angeführt.

Die KommAustria hat die B GmbH mit Schreiben vom 25.04.2012, KOA 13.200/12-001, über deren Bekanntgabepflichten nach dem MedKF-TG informiert und ihr deren Zugangsdaten für die Webschnittstelle übermittelt, über die die Bekanntgaben vorgenommen werden müssen. Das Schreiben ist der B GmbH am 30.04.2012 zugestellt worden.

Das MedKF-TG ist am 01.07.2012 in Kraft getreten. Von 01. bis 15.10.2012 hat die erste Meldephase nach dem Gesetz stattgefunden. Bekanntzugeben waren Daten betreffend das 3. Quartal des Jahres 2012.

Die B GmbH hat in der Meldefrist von 01.10.2012 bis 15.10.2012 keine Bekanntgaben in der Webschnittstelle vorgenommen. Mit am 22.10.2012 versandten Schreiben, KOA 13.250/12-001, hat die KommAustria der B GmbH eine Nachfrist von vier Wochen für die Bekanntgaben gesetzt. Dieses Schreiben ist der B GmbH am 23.10.2012 zugestellt worden. Auch in der Nachfrist, die der B GmbH von der KommAustria gesetzt worden ist, dh. bis 20.11.2012, sind keine Bekanntgaben erfolgt.

Die B GmbH hat im 3. Quartal des Jahres 2012 keine Aufträge iSv § 2 Abs. 1 MedKF-TG erteilt und keine Förderungen iSv § 4 Abs. 1 MedKF-TG zugesagt.

In der Meldefrist betreffend das 4. Quartal des Jahres 2012 von 01.01.2013 bis 15.01.2013 hat die B GmbH innerhalb der Nachfrist gemeldet.

Der Beschuldigte verfügt über ein Bruttojahreseinkommen von EUR XXX. Er ist Eigentümer einer Liegenschaft samt

darauf befindlichem Gebäude und Hälfteigentümer einer Landwirtschaft.

### 3. Beweiswürdigung

Die Feststellungen zur B GmbH und zur Funktion des Beschuldigten bei der B GmbH folgen aus dem offenen Firmenbuch. Der Beschuldigte hat seine Verantwortlichkeit als Geschäftsführer für die Einhaltung der Regelungen des MedKF-TG durch die B GmbH nicht bestritten. Auch die Feststellungen zur E GmbH und zur F GmbH beruhen auf dem offenen Firmenbuch. Die Feststellung zur I AG beruht auf entsprechenden Informationen auf der Homepage des Unternehmens (www.xxx.com).

Die Feststellungen zur Zustellung des Schreibens vom 25.04.2012, KOA 13.200/12-001, und des Schreibens der KommAustria, mit dem die Nachfrist gesetzt wurde, KOA 13.250/12-001, ergeben sich aus den entsprechenden Zustellnachweisen in den Akten der KommAustria.

Die Feststellung zur Unterlassung der Bekanntgabe innerhalb der dafür vorgesehenen Fristen und zur fristgerechten Vornahme der Bekanntgaben betreffend das 4. Quartal des Jahres 2012 beruhen auf den – auch für den Beschuldigten einsehbaren – Aufzeichnungen in der Webschnittstelle.

Die Feststellung, dass im 3. Quartal des Jahres 2012 keine Werbeaufträge erteilt oder Förderungen zugesagt worden sind, ergibt sich aus dem glaubwürdigen Vorbringen des Beschuldigten.

Die Feststellungen zum monatlichen Einkommen des Beschuldigten und seinen Vermögensverhältnissen ergeben sich aus der Einkommensteuererklärung des Beschuldigten für das Jahr 2011 und vorgelegten Auszügen aus dem Grundbuch beim Bezirksgericht J.

### 4. Rechtliche Beurteilung

#### 4.1. Zuständigkeit der Behörde/Rechtsgrundlagen

Nach § 1 Abs. 3 des Bundesgesetzes über die Einrichtung einer Kommunikationsbehörde Austria ("KommAustria") und eines Bundeskommunikationssenates (KommAustria-Gesetz – KOG, BGBl. I Nr. 32/2001 idF BGBl. I Nr. 125/2011) ist die KommAustria für die Kontrolle der Einhaltung der Bekanntgabepflichten in Bezug auf Medienkooperationen, Werbeaufträge und Förderungen nach Maßgabe bundesgesetzlicher Vorschriften zuständig. Die „Wahrnehmung der Aufgaben nach dem MedKF-TG, BGBl. I Nr. 125/2011“ zählt demgemäß nach § 2 Abs. 1 Z 12 KOG zu den Aufgaben der KommAustria.

Gemäß § 5 Abs. 1 MedKF-TG begeht eine Verwaltungsübertretung und ist mit Geldstrafe bis zu 20.000 Euro, im Wiederholungsfall mit einer Geldstrafe bis zu 60.000 Euro, zu bestrafen, wer seiner Bekanntgabepflicht gemäß § 2 oder § 4 bis zu dem in § 2 Abs. 3 genannten Zeitpunkt nicht nachkommt und auch die Nachfrist gemäß § 3 Abs. 2 ungenutzt verstreichen lässt.

#### 4.2. Zum objektiven Tatbestand – Verletzung des § 5 Abs. 1 MedKF-TG

Auf Grund der Ergebnisse des Ermittlungsverfahrens steht fest, dass die B GmbH von den Bekanntgabepflichten nach § 2 und nach § 4 MedKF-TG betroffen ist und diesen in Bezug auf das 3. Quartal 2012 nicht fristgerecht nachgekommen ist.

§ 5 Abs. 1 MedKF-TG lautet:

#### **„Verwaltungsstrafe**

*§ 5. (1) Wer seiner Bekanntgabepflicht gemäß § 2 oder § 4 bis zu dem in § 2 Abs. 3 genannten Zeitpunkt nicht nachkommt und auch die Nachfrist gemäß § 3 Abs. 2 ungenutzt verstreichen lässt, begeht eine Verwaltungsübertretung und ist mit einer Geldstrafe bis zu 20 000 Euro, im Wiederholungsfall mit einer Geldstrafe bis zu 60 000 Euro zu bestrafen.“*

Die maßgeblichen Regelungen der §§ 2, 3 und 4 MedKF-TG lauten:

#### **„Bekanntgabepflicht bei Aufträgen**

*§ 2. (1) Zu dem in § 1 genannten Zweck haben die in Art. 126b Abs. 1, 2 und 3, Art. 126c, Art. 127 Abs. 1, 3 und 4,*

Art. 127a Abs. 1, 3, 4 und 9 und Art. 127b Abs. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes – B VG, BGBl. Nr. 1/1930, angeführten sowie sonstige durch Gesetz der Rechnungshofkontrolle unterworfenen Rechtsträger für sämtliche entweder direkt oder unter Vermittlung über Dritte erteilten Aufträge

1. über (audiovisuelle) kommerzielle Kommunikation gemäß § 1a Z 6 des ORF-Gesetzes – ORF G, BGBl. I Nr. 83/2001, § 2 Z 2 des Audiovisuelle Mediendienste-Gesetzes – AMD G, BGBl. I Nr. 84/2001, und Werbung und Patronanz gemäß § 19 Abs. 1 und 5 des Privatradiogesetzes – PrR G, BGBl. I Nr. 20/2001, sowie über Beiträge im Dienste der Öffentlichkeit im Inhaltsangebot des ORF (§ 14 Abs. 9 ORF-G) oder in Hörfunkprogrammen nach dem PrR-G oder in audiovisuellen Mediendiensten nach dem AMD-G und

2. über entgeltliche Veröffentlichungen gemäß § 26 MedienG an Medieninhaber eines periodischen Druckwerks oder sonst an Medieninhaber eines periodischen elektronischen Mediums

den Namen des jeweiligen periodischen Mediums, in dem - mit Ausnahme der Fälle des Abs 4 -Veröffentlichungen vorgenommen wurden, sowie die Gesamthöhe des jeweils innerhalb für die innerhalb eines Quartals erfolgten Veröffentlichungen (Z 1 und 2) zu leistenden Entgelts nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen bekanntzugeben. Für die nach Z 2 erfassten periodischen Druckwerke bezieht sich die Bekanntgabepflicht auch auf entgeltliche Veröffentlichungen in den dem periodischen Druckwerk angefügten Beilagen oder Sondertitel.

(2) ...

(3) Die Bekanntgabe des Auftraggebers, des Namens des periodischen Mediums und der Gesamthöhe des geleisteten Entgelts für Veröffentlichungen in dem jeweiligen periodischen Medium hat durch die dazu Verpflichteten elektronisch im Wege einer Webschnittstelle (Web-Interfaces) an die KommAustria zu erfolgen. Die Bekanntgabe hat quartalsweise jeweils innerhalb von zwei Wochen gerechnet ab dem Ende eines Quartals zu erfolgen. Die Veröffentlichung dieser Daten durch die KommAustria bestimmt sich nach § 3 Abs. 3.

(4) Wurden für einen Rechtsträger keine Aufträge im Sinne des Abs. 1 im jeweils maßgeblichen Quartal durchgeführt oder beträgt die Gesamthöhe des Entgelts der von einem Medieninhaber eines periodischen Mediums durchgeführten Aufträge nicht mehr als 5000 Euro im jeweiligen Quartal, so ist dies im Wege der Webschnittstelle (Abs. 3) innerhalb der in Abs. 3 genannten Frist gesondert bekanntzugeben. Die Veröffentlichung dieser Information durch die KommAustria richtet sich nach § 3 Abs. 3.

(5) Das geleistete Entgelt ist jeweils als Nettoentgelt anzugeben. Bei Tausch- oder tauschähnlichen Geschäften ist der gemeine Wert anzugeben. Für die Bekanntgabepflicht maßgeblich ist jeweils der Zeitpunkt der Leistungserbringung.“

### **„Verfahren und Details zur Veröffentlichung**

§ 3. (1) ...

(2) Wird innerhalb der in § 2 Abs. 3 genannten Frist von einem Rechtsträger weder eine Bekanntgabe über erteilte Aufträge vorgenommen noch eine Bekanntgabe veranlasst, dass keine Bekanntgabepflicht besteht, so ist dem betreffenden Rechtsträger von der KommAustria eine Nachfrist von vier Wochen zu setzen.

(3) – (6) ...“

### **„Bekanntgabepflicht und Veröffentlichung von Förderungen und Programmengelt**

§ 4. (1) Zusätzlich zu den Bekanntgabepflichten nach § 2 Abs. 1 haben die dort angeführten Rechtsträger für an Medieninhaber eines periodischen Mediums gewährte Förderungen

1. aus den Fonds gemäß § 29 und § 30 des KommAustria-Gesetzes – KOG, BGBl. I Nr. 32/2001,

2. nach dem Presseförderungsgesetz 2004 – PresseFG 2004, BGBl. I Nr. 136/2003,

3. nach Abschnitt II des Publizistikförderungsgesetzes 1984 – PubFG, BGBl. Nr. 369/1984, sowie

4. die mit den in Z 1 bis 3 angeführten Fördermaßnahmen insofern inhaltlich vergleichbar sind, als insbesondere die inhaltliche Gestaltung, Herstellung oder Verbreitung eines periodischen Druckwerks oder die inhaltliche Gestaltung und Ausstrahlung oder Abrufbarkeit eines periodischen elektronischen Mediums gefördert werden,

den Namen des Förderungsempfängers und die Gesamtsumme der jeweils innerhalb eines Quartals gewährten Förderungen bekanntzugeben. Maßgeblich ist die Zusage der Förderung, wobei nachträgliche Änderungen nicht zu berücksichtigen sind. § 2 Abs. 3 und 4 sowie § 3 sind sinngemäß anzuwenden.

(2) Wurden von einem Rechtsträger keine Förderungen im Sinne des Abs. 1 im jeweils maßgeblichen Zeitraum

vergeben oder beträgt die Gesamthöhe der Förderung an einen Medieninhaber nicht mehr als 5 000 Euro im entsprechenden Quartal, so ist dies im Wege der Webschnittstelle (§ 2 Abs. 3) gesondert bekanntzugeben.

(3) ...“

Die Bekanntgabepflichten gemäß §§ 2 und 4 MedKF-TG betreffen sämtliche Rechtsträger, die unter der Kontrolle des Rechnungshofes stehen. Das Gesetz trifft keine Unterscheidung dahingehend, ob ein Rechtsträger tatsächlich Werbeaufträge verteilt, Medienkooperationen eingetht oder Förderungen zusagt, oder ob er dazu überhaupt befugt oder in der Lage ist.

Unternehmungen, an denen der Bund, ein Land oder eine Gemeinde mit mindestens 10.000 Einwohnern allein oder gemeinsam mit anderen der Zuständigkeit des Rechnungshofes unterliegenden Rechtsträgern jedenfalls mit mindestens 50 % des Stamm-, Grund- oder Eigenkapitals beteiligt sind oder die ein Land oder eine Gemeinde mit mindestens 10.000 Einwohnern allein oder gemeinsam mit anderen solchen Rechtsträgern betreibt oder durch finanzielle oder sonstige wirtschaftliche oder organisatorische Maßnahmen tatsächlich beherrscht, stehen nach Art. 126b Abs. 2, Art. 127 Abs. 3 und Art. 127a Abs. 3 B-VG unter der Kontrolle des Rechnungshofes. Nach Art. 126b Abs. 2 letzter Satz, Art. 127 Abs. 3 letzter Satz und Art. 127a Abs. 3 letzter Satz B-VG erstreckt sich die Prüfungszuständigkeit des Rechnungshofes auch auf Unternehmungen jeder weiteren Stufe, bei denen diese Voraussetzungen vorliegen. Somit unterliegen auch Unternehmungen der Kontrolle des Rechnungshofes, an denen das Land oder eine Gemeinde mit mindestens 10.000 Einwohnern keine unmittelbare Beteiligung, sondern nur eine mittelbare – über Unternehmen, an denen eine unmittelbare Beteiligung dieser Gebietskörperschaften besteht, vermittelnde – Beteiligung hält, dh auf Tochter- und Enkelunternehmen kontrollunterworfenen Rechtsträger. Ein Unternehmen steht somit auch dann unter der Kontrolle des Rechnungshofes, wenn an ihm ein kontrollunterworfenes Unternehmen allein oder gemeinsam mit anderen der Zuständigkeit des Rechnungshofes unterliegenden Rechtsträgern mit mindestens 50% des Stamm-, Grund- oder Eigenkapitals beteiligt sind oder die von einem derartigen Unternehmen auf die oben genannte Art und Weise beherrscht werden (s VfSlg. 11.989/1989, 12.225/1989; vgl auch die sonstigen Nachweise bei *Kroneder-Partisch*, in: Korinek/Holoubek [Hrsg.], Österreichisches Bundesverfassungsrecht, Art. 126b, 4. EL 2001, Rz 24).

An der B GmbH sind die D GmbH (aktuell E GmbH, FN XXX) mit einer Stammeinlage in Höhe von EUR 17.500,--, die F GmbH (FN XXX) und die G GmbH (FN XXX) mit Stammeinlagen in Höhe von jeweils EUR 8.750,-- beteiligt. An der E GmbH (FN XXX) ist zu 100% die H GmbH (FN XXX) beteiligt. Alleinige Gesellschafterin dieser GmbH ist wiederum die I AG (FN XXX). 51% des Aktienkapitals der I AG besitzt die Republik Österreich.

Die I AG steht gemäß Art. 126b Abs. 2 B-VG unter der Kontrolle des Rechnungshofes. Die H GmbH und die E GmbH unterliegen nach Art. 126b Abs. 2 letzter Satz B-VG – auf Grund der Beteiligung der I AG – der Prüfungszuständigkeit des Rechnungshofes.

Die Kontrollunterworfenheit der B GmbH folgt schon aus der Beteiligung der E GmbH mit 50% der Stammeinlage. Auch die B GmbH steht daher gemäß Art. 126b Abs. 2 letzter Satz unter der Kontrolle des Rechnungshofes. Gemäß § 2 Abs. 1 MedKF-TG ist sie somit von den Bekanntgabepflichten nach § 2 und § 4 MedKF-TG betroffen.

Der Beschuldigte hat es unterlassen, die Bekanntgaben an die KommAustria, zu denen die B GmbH verpflichtet ist, innerhalb der zweiwöchigen Frist gemäß § 2 Abs. 3 MedKF-TG sowie innerhalb der der B GmbH gesetzten Nachfrist gemäß § 3 Abs. 2 MedKF-TG – dh bis zum 20.11.2012, im Wege der dafür auf der Homepage der KommAustria bzw. der RTR-GmbH unter [www.rtr.at](http://www.rtr.at) eingerichteten Webschnittstelle vorzunehmen. Ausweislich seines Vorbringens des Beschuldigten wären Bekanntgaben gemäß § 2 Abs. 4 MedKF-TG und Bekanntgaben gemäß § 4 Abs. 2 MedKF-TG („Leermeldungen“) vorzunehmen gewesen.

Das Tatbild nach § 5 Abs. 1 MedKF-TG besteht in der nicht fristgerechten und damit rechtzeitigen Erfüllung der Bekanntgabepflichten gemäß § 2 oder § 4 MedKF-TG. Die Tat ist mit Ablauf der Frist vollendet. Es handelt sich um ein Unterlassungsdelikt mit der Wirkung eines Zustandsdelikts.

Angesichts des festgestellten Sachverhaltes ist der Tatbestand des § 5 Abs. 1 MedKF-TG sowohl hinsichtlich der Bekanntgabepflicht nach § 2 als auch hinsichtlich der Bekanntgabepflicht nach § 4 MedKF-TG in objektiver Hinsicht erfüllt.

Im vorliegenden Fall dauerte die Frist für die Bekanntgaben von 1.10.2012 bis zum Ende der Nachfrist, die der B GmbH von der KommAustria gesetzt wurde, am 20.11.2012. Mit Ablauf des 20.11.2012 war die Tat vollendet.

### **4.3. Zur strafrechtlichen Verantwortlichkeit des Beschuldigten**

Gemäß § 9 Abs. 1 VStG ist für die Einhaltung der Verwaltungsvorschriften durch juristische Personen oder eingetragene Personengesellschaften, sofern die Verwaltungsvorschriften nicht anderes bestimmen und soweit nicht

verantwortliche Beauftragte nach § 9 Abs. 2 VStG bestellt sind, strafrechtlich verantwortlich, wer zur Vertretung nach außen berufen ist.

Der Beschuldigte war im Tatzeitraum handelsrechtlicher Geschäftsführer der B GmbH und damit zur Vertretung der B GmbH nach außen berufen. Ein für die Einhaltung der Verpflichtungen nach dem MedKF-TG verantwortlicher Beauftragter war nicht bestellt. Der Beschuldigte war daher für die Einhaltung der Verpflichtungen der B GmbH nach dem MedKF-TG verantwortlich.

#### **4.4. Zum Verschulden des Beschuldigten**

Zur Erfüllung der subjektiven Tatseite muss die Verwaltungsübertretung dem Beschuldigten auch vorzuwerfen sein. Hierbei ist zunächst zu prüfen, ob die Verwaltungsübertretung gemäß § 5 Abs. 1 MedKF-TG als Erfolgsdelikt oder als Ungehorsamsdelikt zu qualifizieren ist.

Gemäß § 5 Abs. 1 VStG genügt, wenn eine Verwaltungsvorschrift über das Verschulden nicht anderes bestimmt, zur Strafbarkeit fahrlässiges Verhalten. Fahrlässigkeit ist bei Zuwiderhandeln gegen ein Verbot oder bei Nichtbefolgung eines Gebotes dann ohne weiteres anzunehmen, wenn zum Tatbestand einer Verwaltungsübertretung der Eintritt eines Schadens oder einer Gefahr nicht gehört und der Täter nicht glaubhaft macht, dass ihn an der Verletzung der Verwaltungsvorschrift kein Verschulden trifft.

Bei Ungehorsamsdelikten besteht das Tatbild in einem bloßen Verhalten ohne Merkmal eines Erfolges. Was die innere Tatseite anlangt, ist somit zunächst festzuhalten, dass es sich bei den vorgeworfenen Verstößen gegen § 5 Abs. 1 iVm § 2 und § 5 Abs. 1 iVm § 4 MedKF-TG um Ungehorsamsdelikte handelt, weil weder der Eintritt eines Schadens noch einer Gefahr vorausgesetzt ist und nichts über das Verschulden bestimmt wird. Bei Ungehorsamsdelikten verlangt die in § 5 Abs. 1 zweiter Satz VStG verankerte widerlegliche Schuldvermutung zu Lasten des Täters, dass dieser von sich aus sein mangelndes Verschulden glaubhaft zu machen hat. Das bedeutet aber, dass der Beschuldigte alles initiativ darzulegen hat, was für seine Entlastung spricht. Dazu bedarf es etwa der Darlegung, dass er im Betrieb ein wirksames Kontrollsystem eingerichtet hat, sodass er unter den vorhersehbaren Verhältnissen mit gutem Grund die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften erwarten konnte (vgl. VwGH 27.04.2011, 2010/08/0172, mwN).

Der Beschuldigte hat nicht dargelegt, dass er Vorkehrungen getroffen hätte, um den Verpflichtungen der B GmbH gemäß § 2 und § 4 MedKF-TG nachzukommen. Vielmehr ist ihm mit Blick auf sein Vorbringen, aus dem hervorgeht, dass er sich – trotz der Erstinformation der KommAustria, des Erinnerungs-Mails und insbesondere auch des Mahnschreibens – erst nach Einleitung des Verwaltungsstrafverfahrens mit den Verpflichtungen nach dem MedKF-TG auseinander gesetzt hat, mangelnde Sorgfalt vorzuwerfen. Angesichts der Bekanntgabefristen gemäß § 2 Abs. 3 und gemäß § 3 Abs. 2 MedKF-TG wäre es seine Aufgabe gewesen, ein wirksames Kontrollsystem zur Einhaltung der §§ 2 und 4 MedKF-TG einzurichten. Dass dies geschehen sei, wurde vom Beschuldigten nicht vorgebracht. Das Vorbringen des Beschuldigten ist somit nicht geeignet, die Schuldvermutung gemäß § 5 Abs. 1 zweiter Satz VStG zu widerlegen.

Der Beschuldigte hat damit jedenfalls fahrlässig die Verwaltungsübertretungen nach § 5 Abs. 1 iVm § 2 Abs. 1, 4 sowie nach § 5 Abs. 1 iVm § 4 Abs. 1, 2 MedKF-TG, jeweils iVm § 9 Abs. 1 VStG begangen.

#### **4.5. Strafbemessung**

Grundlage für die Bemessung der Strafe ist gemäß § 19 Abs. 1 VStG stets das Ausmaß der mit der Tat verbundenen Schädigung oder Gefährdung derjenigen Interessen, deren Schutz die Strafdrohung dient, und der Umstand, inwieweit die Tat sonst nachteilige Folgen nach sich gezogen hat. Dabei kommt es nicht auf die Wertigkeit des geschützten Rechtsgutes (diese findet ihren Ausdruck bereits in der Höhe des gesetzlichen Strafrahmens), sondern auf das Ausmaß seiner Beeinträchtigung an (VwGH 02.10.2012, 2011/21/0259 mwN). Gemäß § 19 Abs. 2 VStG sind im ordentlichen Verfahren (§§ 40 bis 46) überdies die nach dem Zweck der Strafdrohung in Betracht kommenden Erschwerungs- und Milderungsgründe, soweit sie nicht schon die Strafdrohung bestimmen, gegeneinander abzuwägen. Auf das Ausmaß des Verschuldens ist besonders Bedacht zu nehmen. Unter Berücksichtigung der Eigenart des Verwaltungsstrafrechtes sind die §§ 32 bis 35 des Strafgesetzbuches sinngemäß anzuwenden. Die Einkommens-, Vermögens- und Familienverhältnisse des Beschuldigten sind bei der Bemessung von Geldstrafen zu berücksichtigen.

Gemäß § 21 Abs. 1 VStG kann die Behörde ohne weiteres Verfahren von der Verhängung einer Strafe absehen, wenn das Verschulden des Beschuldigten geringfügig ist und die Folgen der Übertretung unbedeutend sind. Sie kann den Beschuldigten jedoch gleichzeitig unter Hinweis auf die Rechtswidrigkeit seines Verhaltens mit Bescheid ermahnen, sofern dies erforderlich ist, um den Beschuldigten von weiteren strafbaren Handlungen gleicher Art

abzuhalten.

Voraussetzung für die Anwendung des § 21 Abs. 1 VStG ist das kumulative Vorliegen beider in dieser Gesetzesstelle genannten Kriterien, nämlich ein geringfügiges Verschulden und lediglich unbedeutende Folgen. Von geringem Verschulden iSd § 21 VStG ist jedoch nur dann zu sprechen, wenn das tatbildmäßige Verhalten des Täters hinter dem in der betreffenden Strafdrohung typisierten Unrechtsgehalt und Schuldgehalt erheblich zurückbleibt (vgl. VwGH 16.09.2010, 2010/09/0141).

Im vorliegenden Fall tritt das tatbildmäßige Verhalten nicht erheblich hinter dem in der betreffenden Strafdrohung typisierten Unrechts- und Schuldgehalt zurück. Der Zweck des § 5 Abs. 1 MedKF-TG besteht gerade darin, das Ziel der umfassenden Transparenz sicherzustellen und die Unterlassung von Bekanntgaben gemäß § 2 und § 4 MedKF-TG zu verhindern. Das Verhalten des Beschuldigten beeinträchtigt diesen Zweck somit nicht nur unerheblich. Vielmehr liegt ein typischer Fall einer Verletzung des § 5 Abs. 1 MedKF-TG vor. Zudem ist der Beschuldigte durch mehrere Schreiben der KommAustria – die der B GmbH nachweislich auch zugestellt worden sind – auf die Bekanntgabepflichten der B GmbH hingewiesen worden. Ein Absehen von der Strafe gemäß § 21 Abs. 1 VStG ist somit ausgeschlossen. Andere Strafausschließungsgründe liegen ebenfalls nicht vor. Die Behörde konnte daher nicht von der Verhängung einer Strafe gemäß § 21 Abs. 1 VStG absehen.

Die Einkommens-, Vermögens- und Familienverhältnisse des Beschuldigten sind bei der Bemessung von Geldstrafen zu berücksichtigen. Der Strafbemessung wurde das jährliche Bruttoeinkommen des Beschuldigten in Höhe von EUR XXX und die dargelegten Vermögensverhältnisse zugrunde gelegt. Sorge- oder Unterhaltspflichten wurden nicht angegeben.

Als strafmildernd war anzusehen, dass es sich hierbei um die bisher erste Verwaltungsübertretung dieser Art handelt, und der Beschuldigte ein reumütiges Geständnis abgelegt hat. Im Übrigen hat sich auf Grund der Abgabe fristgerechter Meldungen im Zuge der Meldephase von 01.01. bis 15.01.2013 gezeigt, dass bereits wirksame Maßnahmen gesetzt wurden, um zukünftige Rechtsverletzungen zu vermeiden und eine bessere Kontrolle zu gewährleisten. Zudem ist zu berücksichtigen, dass es sich um eine gänzlich neue gesetzliche Verpflichtung der B GmbH handelt und der Verstoß die erste Meldephase betrifft. Erschwerungsgründe liegen keine vor.

Unter Berücksichtigung des Schuldausmaßes, das angesichts der dargestellten Milderungsgründe und dem Fehlen von Erschwerungsgründen nicht wesentlich über dem im Sinne des § 21 Abs. 1 VStG umschriebenen geringfügigen Verschulden liegt, konnte mit Strafen von jeweils EUR 100,--, welche am untersten Ende des Strafrahmens angesiedelt sind (Höchstmaß EUR 20.000,--) das Auslangen gefunden werden. Der Strafbemessung wurden das festgestellte Einkommen des Beschuldigten sowie dessen Vermögensverhältnisse zugrunde gelegt.

Wird eine Geldstrafe verhängt, so ist gemäß § 16 Abs. 1 VStG zugleich für den Fall ihrer Uneinbringlichkeit eine Ersatzfreiheitsstrafe festzusetzen. Gemäß § 16 Abs. 2 VStG darf die Ersatzfreiheitsstrafe das Höchstmaß der für die Verwaltungsübertretung angedrohten Freiheitsstrafe und, wenn keine Freiheitsstrafe angedroht und nicht anderes bestimmt ist, zwei Wochen nicht übersteigen. Eine Ersatzfreiheitsstrafe von mehr als zwei Wochen ist, wenn keine Freiheitsstrafe angedroht ist, nicht zulässig. Sie ist ohne Bedachtnahme auf § 12 VStG nach den Regeln der Strafbemessung festzusetzen. Die festgesetzten Ersatzfreiheitsstrafen von jeweils zwei Stunden erscheinen der KommAustria mit Rücksicht auf die obigen Ausführungen zur Bemessung der Geldstrafe angemessen.

#### **4.6. Kosten des Strafverfahrens**

Gemäß § 64 Abs. 1 VStG ist in jedem Straferkenntnis und in jeder Entscheidung eines unabhängigen Verwaltungssenates, mit der ein Straferkenntnis bestätigt wird, auszusprechen, dass der Bestrafte einen Beitrag zu den Kosten des Strafverfahrens zu leisten hat. Gemäß § 64 Abs. 2 VStG ist dieser Beitrag für das Verfahren erster Instanz mit 10% der verhängten Strafe, für das Berufungsverfahren mit weiteren 20% der verhängten Strafe, mindestens jedoch mit je EUR 1,50 zu bemessen; bei Freiheitsstrafen ist zur Berechnung der Kosten ein Tag Freiheitsstrafe gleich EUR 15,-- anzurechnen. Der Kostenbeitrag fließt der Gebietskörperschaft zu, die den Aufwand der Behörde zu tragen hat.

Vor diesem Hintergrund war auszusprechen, dass der Beschuldigte einen Beitrag zu den Kosten des Strafverfahrens in Höhe von 10% der verhängten Strafe zu leisten hat.

#### **4.7. Haftung der B GmbH**

Gemäß § 9 Abs. 7 VStG haften juristische Personen und eingetragene Personengesellschaften sowie die in § 9 Abs. 3 VStG genannten natürlichen Personen für die über die zur Vertretung nach außen Berufenen oder über einen verantwortlichen Beauftragten verhängten Geldstrafen, sonstige in Geld bemessene Unrechtsfolgen und die



Verfahrenskosten zur ungeteilten Hand. Es war daher auszusprechen, dass die B GmbH für die über den Beschuldigten verhängten Geldstrafen zur ungeteilten Hand haftet.

Es war daher spruchgemäß zu entscheiden.

#### **Rechtsmittelbelehrung:**

Sie haben das Recht, gegen diesen Bescheid **Berufung** zu ergreifen.

Die Berufung ist innerhalb von **zwei Wochen** nach Zustellung dieses Bescheides schriftlich oder mündlich bei uns einzubringen.

Wenn für die schriftliche Einbringung auch technische Übertragungsmöglichkeiten (z.B. Fernschreiber, Telefax, E-Mail) zur Verfügung stehen, ist das als Ergänzung zu unserer Anschrift angegeben. Bitte beachten Sie jedoch, dass der Absender die mit jeder Übermittlungsart verbundenen Risiken (zB Übertragungsfehler, Verlust des Schriftstückes) trägt.

Die Berufung hat den Bescheid, gegen den sie sich richtet, zu bezeichnen und – ausgenommen bei mündlicher Berufung – einen begründeten Berufungsantrag zu enthalten.

Die Berufung hat **aufschiebende Wirkung**, das heißt, der Bescheid kann bis zur abschließenden Entscheidung nicht vollstreckt werden.

Falls Sie innerhalb der Berufungsfrist die Beigebung eines Verteidigers beantragen, so beginnt die Berufungsfrist erst mit dem Zeitpunkt der Zustellung des Bescheides über die Bestellung zum Verteidiger und des anzufechtenden Bescheides an diesen zu laufen. Wird der rechtzeitig gestellte Antrag auf Beigebung eines Verteidigers abgewiesen, so beginnt die Berufungsfrist mit der Zustellung des abweisenden Bescheides an Sie zu laufen.

Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria)

Dr. Florian Philipitsch, LL.M.  
(Vorsitzender-Stellvertreter)

#### Zustellverfügung:

1. A, per RSb
2. B GmbH, per RSb